

P R e s s e

S P i e g e l

Polen - Pressespiegel 04/2024 vom 25.01.2024

Das finden Sie in dieser Ausgabe

- *Kaczyński erklärt dem Staat den Krieg. Er wird die Stimmung der Unsicherheit anheizen*
- *Wielowieyska: Der PiS-Apparat ist in Panik. Er sieht in Kaczyńskis Aktionen keinen kohärenten Plan*
- *„Rechtsstaatlichkeit“ erschreckt Präsident Duda*
- *Nach dem Treffen zwischen Tusk und Duda: Kein Schritt zurück*
- *In Polen gibt es nicht zwei Rechtssysteme. Es gibt das Recht und die Rechtlosigkeit, die die PiS uns spendiert hat*
- *Tusks Honeymoon ohne Honig*

Dazu wie immer ein Cartoon von Andrzej Mleczko und zum Schluss mal ein kluger, mal ein dummer Spruch der Woche

Kaczyński erklärt dem Staat den Krieg. Er wird die Stimmung der Unsicherheit anheizen



Quelle: wyborcza.pl

Interview mit **Prof. Andrzej Rychard**, Leiter des Instituts für Philosophie und Soziologie der Polnischen Akademie der Wissenschaften

Agnieszka Kublik: War der Marsch der Freien Polen ein Erfolg? Selbst wenn man berücksichtigt, dass - wie es das Warschauer Rathaus es sagt - 35.000 und nicht - wie die Organisatoren verkünden - 300.000 Menschen daran teilgenommen haben?

Prof. Andrzej Rychard: Trotz der fast zehnfachen Differenz der Schätzungen ist dies ein Erfolg. Angesichts der Situation, in der sich die PiS befindet, angesichts des Wetters und der Tageszeit. Die PiS kann diesen Marsch also als eine Art Mobilisierungserfolg betrachten. Die Frage ist: Mobilisierung für was?

Für den Krieg mit der Regierung Tusk? Das wurde bei diesem Protest direkt so gesagt.

Das heißt, zu dieser Art von unaufhörlichem, verleumderischen Kleinkrieg. Im Gegensatz zu den Märschen, die die damalige Opposition bei Wahlen unternahm, stehen jetzt keine Parlamentswahlen an, sondern Kommunal- und Europawahlen. Aber hier wird sich die Mobilisierung nicht so direkt auswirken.

Dies ist ein Kampf der Prinzipien. Um Jarosław Kaczyński auf dem Marsch zu zitieren: „Das ist es, worum es hier in Polen geht, wir sagen: Freie Medien, die im Moment zerstört werden, sie wollen hier ein Monopol haben. Wir sagen: Verletzung des Rechtsstaates, der Verfassung, das Recht mit Füßen treten. Ja, das ist alles wahr. Ein solcher Marsch durch alle Institutionen, die die Regierung kontrollieren, die so strukturiert sind, mal besser, mal schlechter. Eben damit die Behörden kontrolliert werden.“

Seit einiger Zeit sieht man bereits, dass die PiS versucht, ihre neue Identität nicht mehr durch ein spezifisches neues ideologisches Projekt einer neu-nummerierten Republik, sondern durch die Phraseologie ihrer Opposition aufzubauen. Das heißt: Wir sind die Verteidiger der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit, die sie uns wegnehmen. Wir wollen freie Medien, wir wollen freie Gerichte, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Pluralismus. Die PiS ist die Verteidigerin der Demokratie, die uns genommen wird, und nicht die Schöpferin einer neuen Art von Republik. Doch all dies wird in verschiedene Versuche gekleidet, einen neuen Gründungsmythos aufzubauen, der auf der Unterdrückung durch die derzeitige Regierung beruht.

Dieser Mythos erhielt Gestalt durch zwei Namen: Kamiński und Waśik. Er wurde durch Präsident Duda, der kurz vor dem Marsch das Begnadigungsverfahren einleitete, ein wenig getrübt. Nur ein wenig verdorben, denn dieser Mythos muss nicht auf faktischer Wahrheit beruhen. Wichtig ist, dass er eine mobilisierende Kraft hat. Zugegeben, es wird ein bisschen schlechter sein zu sagen, dass sie Märtyrer sind, wenn sie aus dem Gefängnis kommen, aber es wird möglich sein zu sagen, dass sie Märtyrer sind, weil sie z. B. nicht in den Sejm dürfen.

Auf dem Marsch wurde über die beiden gesagt: „Entführt von der Regierung Tusk.“ Ist das gut für einen Mythos?

„Entführt von der Regierung Tusk“, was wahrscheinlich eine Art Staatsstreich suggerieren soll, auf Aktionen, die die Demokratie zerstören. Ich glaube, das kommt bei einem Teil der PiS-Wählerschaft an. Aber wir neigen dazu, diese Wählerschaft zu monolithisch zu betrachten, sie ist sehr stark differenziert. Zweifellos erreicht es einen Teil von ihnen, und dieser Teil war wahrscheinlich bei der Demonstration stärker vertreten. Auf der anderen Seite gibt es einen großen Teil, für den immer noch nicht ganz klar ist, warum die PiS eigentlich die Wahlen verloren hat. Die PiS gibt keine klare Diagnose ab. Der Parteivorsitzende und auch Herr Mastalerek, der Leiter des Präsidialamtes, haben nur ein- oder zweimal gesagt, dass die PiS vielleicht wichtige Veränderungen in der Gesellschaft verpasst hat. Aber niemand hat das weiterverfolgt.

Jetzt konzentriert sich die PiS bereits darauf, wie sie die Demokratie verteidigen kann. Meiner Meinung nach richtet sich der Marsch also nicht unbedingt an die gesamte Wählerschaft von Kaczyński. Indem die PiS die strukturellen Veränderungen in der polnischen Gesellschaft und den Bewusstseinswandel in Richtung Modernisierung verpasst, verpasst sie auch eine gewisse Veränderung in ihrer eigenen Wählerschaft.

Am Donnerstag deutete Kaczyński an, dass die Wahlen ungültig gewesen sein könnten: „Wir müssen auch auf diese Weise kämpfen, obwohl diese letzte Schlacht an den Wahlurnen stattfinden muss, die wir sehr sorgfältig bewachen sollten, denn wie es bei diesen Wahlen und bei diesem Referendum war, weiß niemand wirklich. Ich spreche mich hier nicht dafür aus, dass diese Wahlen nicht anerkannt werden sollten, ich stelle nur fest, dass es in sehr vielen Fällen kein Wahlgeheimnis gab, es hätte zu verschiedenen Missbräuchen kommen können.“

Dadurch wird in der Wählerschaft eine Stimmung der Unsicherheit und Instabilität erzeugt. Das ist vergleichbar mit der Funktion der Drohung mit vorgezogenen Neuwahlen. Meiner Meinung nach werden sie nicht stattfinden, denn das reine Kalkül zeigt Kaczyński, dass sie für ihn noch nachteiliger wären als die Wahlen am 15. Oktober.

Eine solche Stimmung der Unsicherheit und Instabilität wird kurzfristig nicht funktionieren. Wenn sie aber langfristig angeheizt wird, könnten sich in Teilen der PiS-Wählerschaft autoritäre Einstellungen herausbilden. Ich denke, darum geht es in diesem Kampf.

Das ist wahnsinnig gefährlich, denn für Polen gab es nach dem Zweiten Weltkrieg keine so gefährliche Situation wie heute. Mit der Möglichkeit, dass Russland, wenn es nicht in der Ukraine besiegt wird, nicht aufhören wird. Dazu kommt noch die Ungewissheit, wer der künftige Präsident der Vereinigten Staaten sein wird.

Und die PiS greift den Premierminister direkt an: „Die rote Krähe wird den Adler nicht besiegen“, „Das rote Schwein zu Putin“, „Tusk nach Berlin“, „Adolf Tusk muss gehen“, „Der rote Lappen wird den Sommer nicht erleben“, „Die Polizei mit uns, nicht mit den Deutschen“.

Bisher gab es in Polen trotz der enormen politischen Polarisierung eine Art unausgesprochenen Konsens, dass Russland eine Bedrohung darstellt und der Ukraine geholfen werden muss. Ich hätte große Angst, wenn dieser Faden durch irgendeine absurde Anschuldigung deutscher Interessen durchbrochen würde...

Kaczyński schrie: „Der deutsche Imperialismus kommt zurück.“

Wenn behauptet wird, das größte und wichtigste Land in Europa sei unser Feind und wolle uns verschlingen, dann ist das ein Spiel am Rande der Verletzung des nationalen Interesses.

Die Slogans auf der Demonstration am Donnerstag waren so, wie sähen die Endlosschleifen in den TVP-Nachrichten aus, wenn es sie noch geben würde.

Ja, auf diese Weise wird versucht, den Eindruck dieser zweiten Realität zu erwecken, dass es sich tatsächlich um dieses freie Polen handelt. Lassen wir uns nicht von diesem Narrativ einwickeln. Das Narrativ, dass es sich hier um einen Parallelzustand handelt. Denn ein Parallelzustand impliziert die Existenz von zwei gleichen, gleichwertigen und gleichermaßen in sich kohärenten Strukturen. Das ist aber nicht der Fall - es gibt nicht zwei parallele Zustände. Es gibt einen Staat, und in diesem Staat gibt es Unebenheiten und Schlaglöcher, die von denen verursacht wurden, die früher an der Macht waren und jetzt in der Opposition sind. Die Behauptung, es gebe einen Parallelstaat, adelt in gewisser Weise alles, was die PiS tut. Ich lehne dieses Narrativ ab.

Allein die Tatsache, dass Sie dies erklären müssen, dass ein solches Thema in Diskussionen auftaucht, zeigt, dass die PiS immer noch sehr erfolgreich darin ist, die Bedeutung von Worten zu stehlen und ihnen eine falsche Bedeutung zu geben.

Denn wenn es zum Staat einen Parallelstaat gibt, ist es überhaupt nicht klar, wo dieser wirkliche Staat, diese wirkliche Demokratie ist. Alles wird irgendwie relativiert. Wir kommen wieder auf diese Ebene: Wessen Erzählung wird gewinnen. Hier geht es nicht um ein Spiel zwischen Erzählungen, hier geht es um die Substanz der Dinge.

Was ist Kaczyński heute?

Auf lange Sicht ist er ein scheidender Führer, der versucht, so viel wie möglich von seinem Erbe weiterzugeben. Sicherlich ist Kaczyński aber nicht der Führer von morgen, auch wenn sich das vielleicht nicht mehr in diesem Jahr oder noch später entscheiden wird. Kurzfristig gesehen ist Kaczyński immer noch der Führer, der versucht, wie man umgangssprachlich sagt, alles zu beherrschen.

Kann er den Staat umstürzen?

Für Kaczyński gibt es seiner Ansicht nach keinen anderen Weg als durch Übergriffigkeit den Umsturz herbeizuführen.

Er sagt: „Wir müssen kämpfen“, „dies ist eine Schlacht“. Er erklärt Tusk den Krieg.

Im Grunde erklärt er dem Staat den Krieg. Und auch Tusk, denn es handelt sich um einen stark personalisierten Konflikt und auch um Szymon Hołownia, den Präsidenten des Sejms. Sie sind diejenigen, die jetzt die meisten Entscheidungen treffen, also sind sie diejenigen, die der Vorsitzende der PiS angreift.

Aber Tusk und Hołownia stehen nicht alleine da. Dies ist die Quelle für einen gewissen Optimismus.

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/7,75398,30588715,prof-andrzej-rychard-kaczynski-wypowiada-panstwu-wojne-bedzie.html#S.MT-K.C-B.1-L.1.duzy>



www.mleczko.pl

WAS MICH BEUNRUHIGT, IST IHR MANGEL AN BEGEISTERUNG

Zsfg.: JP

Mehr Informationen über den Künstler findet man auf den offiziellen Seiten:

<http://www.mleczko.pl/> und <http://www.sklep.mleczko.pl/>

Wielowieyska: Der PiS-Apparat ist in Panik. Er sieht in Kaczynskis Aktionen keinen kohärenten Plan



Quelle: wyborcza.pl

Von **Dominika Wielowieyska**

Kaczyński, der Führer der Vereinigten Rechten, erleidet eine Niederlage nach der anderen. Die PiS hat den Staat mit – oft verfassungswidrigen – Gesetzen überzogen, um ihren Einfluss in wichtigen Institutionen aufrechtzuerhalten – aber sie scheitert. Der Parteiapparat ist verängstigt, denn die Aktivisten verlieren ihre Arbeitsplätze, ihr Geld und das Gefühl der Sicherheit. Wenn sie Mariusz Kamiński und Maciej Wąsik hinter Gittern sehen, fragen sie sich: Was ist schiefgelaufen und wer wird der Nächste sein?

Diese Panik droht das Kaczynski-Lager zu zersetzen, denn es gibt keine Anzeichen dafür, dass der PiS-Vorsitzende einen Plan für die Zukunft hat. Schlimmer noch: Sein Konflikt mit Andrzej Duda erschwert die Bildung einer gemeinsamen Front.

PiS verliert die Institutionen, die ihnen Straffreiheit verschaffen sollten

Der Vorsitzende der PiS war der Ansicht, dass die Regierungskoalition nicht in der Lage sein würde, einzelne Institutionen zu stürzen, da ein solcher Versuch vom Präsidenten blockiert werden würde. Kaczynski ging davon aus, dass die Basis der Koalition radikalen Schritten, die an Duda vorbeigehen und rechtliche Fragen aufwerfen, nicht zustimmen würde. Seine Argumentation lautete: „Ich kann rabiat vorgehen, weil meine Leute nicht einmal meckern werden, aber Tusk hat Koalitionspartner, welche die Nase rümpfen werden.“

Er hat sich geirrt. Er hat nicht verstanden, dass Abscheu und Empörung über das, was die PiS acht Jahre lang getan hat, ihren Höhepunkt erreicht hatten. Die Öffentlichkeit, die vor die Wahl gestellt wurde zwischen Fäulnis und systemischer Gesetzlosigkeit oder riskanten Entscheidungen, die die PiS von den wichtigsten Institutionen abschneiden würden, entschied sich für Letzteres. Tusks Koalitionspartner wissen, dass dies die vorherrschende Stimmung ist.

Bisher hat Kaczyński sein Image als Führer einer Partei gefestigt, die nicht zulässt, dass ihren Aktivisten Schaden zugefügt wird, ganz gleich, welche Sünden sie begangen haben. Deshalb fühlten sie sich ungestraft und kassierten haufenweise staatliche Gelder. Sie dachten: Wir haben die Staatsanwaltschaft, das Verfassungsgericht und einen Teil des Obersten Gerichtshofs. Was können die uns schon anhaben? Die Kammer für Kontrolle und öffentliche Angelegenheiten sollte die Interessen der PiS wahren und die Aktivisten vor strafrechtlicher Verantwortung schützen. Die Nationale Staatsanwaltschaft sollte Ermittlungen gegen die PiS blockieren und die Ermittlungen gegen die neue Regierung unterstützen. [Der TV-Sender] TVP sollte die Regierung und die Koalitionsparteien angreifen, während sie andererseits die PiS unterstützen sollte. Inzwischen fallen diese Bastionen eine nach der anderen.

Die PiS hat TVP verloren; die Mitarbeiter von TVPiS besetzen nicht mehr das Studio am Powstańców-Platz. Sie haben sie verlassen, weil TVP als staatliches Unternehmen eine hohe Entschädigung von ihnen verlangen konnte.

Justizminister Adam Bodnar hat Dariusz Barski aus seinem Amt als Staatsanwalt entlassen. Entgegen früheren Andeutungen haben die Staatsanwälte von Zbigniew Ziobro keine Besetzung der Staatsanwaltschaft vorgenommen. Sie werden wegen des Chaos und der Rechtsverletzungen Alarm schlagen, aber früher oder später wird jeder sie vergessen und die Lage wird sich beruhigen.

Es wird allen klar, dass Kaczynski sie nicht mehr schützen wird

Kaczynskis größter Misserfolg ist, dass Kamiński und Wąsik im Gefängnis sitzen. Das hat eine symbolische Dimension, denn beide fühlten sich jahrelang straffrei. Sie hielten sich für die Herren über Leben und Tod von Normalsterblichen - die einen konnten sie in den Abgrund stürzen, die anderen retten. Sie schmückten alles mit Slogans über den Kampf gegen die Korruption. Und jetzt sitzen sie ...

Der Staat ist wirksam, er beugt sich nicht dem Wehklagen, er befolgt Gerichtsurteile. Kaczyński dachte, aus Angst vor einem Volksaufstand würde es niemand wagen, seine Leute anzutasten. Aber er hat sich verkalkuliert. Und niemand in der PiS kann sich sicher fühlen, weil [die PiS-Zentrale in der] Nowogrodzka-Straße die Kontrolle über die Polizei, die Dienste, die staatlichen Medien und die Staatsanwaltschaft verloren hat. Und die Neo-Richter des Obersten Gerichtshofs und die Mitglieder des Gerichts von Julia Przyłębska zucken zwar herum und fällen bizarre Urteile, sind aber nicht in der Lage, die Abrechnungen zu verhindern.

Jeder PiS-Aktivist – ob in der Zentrale oder vor Ort – fragt sich: Was ist mit mir? Werden sie mich zwingen, das Geld zurückzugeben, das ich vom Staat abgezwickelt habe?

Sie begreifen langsam, dass Kaczynski sie nicht mehr schützen wird. Die Verhaftung des ehemaligen stellvertretenden Außenministers Piotr W., einer der Protagonisten des Visa-Skandals, durch die CBA am Mittwoch bestärkt sie in dieser Überzeugung.

Der Präsident kann Wąsik und Kamiński jederzeit befreien

Vor den Parlamentswahlen wurde der Kabinettschef des Präsidenten, Marcin Mastalerk, verspottet, weil er Andrzej Duda riet, ein Gesetz zur Untersuchung der russischen Einflussnahme zu unterzeichnen, das Donald Tusk aus dem politischen Leben entfernen sollte. Doch das Gesetz war nicht nur eine Mogelpackung, sondern ermöglichte es Tusk auch, die anti-PiS-Wählerschaft zu mobilisieren, die am 4. Juni letzten Jahres zu dem großen Marsch in Warschau erschienen war.

Nun versuchte Mastalerk in Radio Zet, den Spott herunterzuspielen. Er sagte, die PiS solle Tusk guten Wein schicken, denn die Festnahme von Wąsik und Kamiński habe die PiS-Wählerschaft mobilisiert und für eine hohe Beteiligung an der Demonstration in der vergangenen Woche gesorgt. Die Wahlbeteiligung war

nicht schlecht, aber das ist auf lange Sicht egal. Das Martyrium ist theatralisch, denn sie hätten jederzeit aus dem Gefängnis kommen können.

Wenn der Präsident die beiden Politiker wirklich hätte freilassen wollen, hätte er dies sofort tun können. Er wählte jedoch das Begnadigungsverfahren, um die Verantwortung auf Minister Bodnar abzuwälzen. [...]

Der Plan war übrigens ein anderer: Die beiden Verurteilten sollten sich im Präsidentenpalast verstecken und nach zwei Tagen von dort direkt zu einer Demonstration der PiS gehen. Erst dort sollten sie von der Polizei festgehalten werden. Die PiS hoffte, dass es zu einem Aufruhr kommen würde und Bilder um die Welt gingen, auf denen Polizisten Menschen verjagten und vielleicht sogar verprügelten, um Wąsik und Kamiński zu fangen. Und wenn die beiden festgenommen sind, wird Duda sie sofort begnadigen. Dann würden sie im Sejm erscheinen, um sich in den Plenarsaal zu drängen. Die Schlägerei würde also von Neuem ausbrechen.

Doch Tusk spielte die PiS in dieser Frage aus, weil er wusste, dass jedes Zeichen der Schwäche von Kaczyński skrupellos ausgenutzt werden würde.

Andrzej Duda will für die Versäumnisse der PiS nicht gerade stehen

Für die [PiS-Zentrale in der] Nowogrodzka-Straße muss es ein Schock gewesen sein, dass der Staatsschutz des Präsidentenpalastes die Polizei bei der Festnahme der Verurteilten unterstützte. Die einen waren empört darüber, dass die Polizei die Residenz des Staatsoberhauptes betreten hatte, die anderen darüber, dass der Präsident verurteilte Kriminelle unter seinem Dach versteckt hatte.

Es besteht kein Zweifel, dass es Kaczynski war, der Duda in diesen Zirkus hineingezogen hat. Der Präsident hätte seine Autonomie und kritische Distanz zur Regierung wahren können, doch er reihte sich in den Zug der Verlierer ein, die schreien, mit dem Finger drohen, aber nichts tun können. Kaczynski wollte, dass Duda auf der Demonstration von letzter Woche zur Verteidigung von Wąsik und Kamiński spricht. Doch der Präsident hatte es satt, die Versäumnisse der PiS an den Pranger zu stellen, und nahm nicht teil.

[...]

Der Vorsitzende war auch deshalb verärgert über Duda, weil er seine Entscheidung, das Begnadigungsverfahren für Wąsik und Kamiński einzuleiten, noch vor der Demonstration bekannt gab. Seine Entscheidung schwächte die Stimmung dieser Versammlung auf der Demonstration.

Nun ist Nowogrodzka der Meinung, dass der Präsident beide Politiker schnell begnadigen sollte, damit sie vor dem Sejm erscheinen können. Duda besteht jedoch nach wie vor darauf, dass seine Begnadigung von 2015 nach dem erstinstanzlichen Urteil in Kraft ist. Eine erneute Anwendung des Begnadigungsrechts wäre daher ein Eingeständnis eines Fehlers.

Das Ergebnis ist, dass Kamiński und Wąsik immer noch sitzen, obwohl sie es nicht müssten. Und die PiS ist hilflos. Und das ist ein Vorteil für die Regierungskoalition. Nicht Tusk hat sie in eine Zelle gesetzt, sondern die unabhängigen Gerichte.

Die Öffentlichkeit kauft die Darstellung der PiS über Wąsik und Kamiński nicht ab

[...]

Nach dem Urteil des Gerichts in zweiter Instanz hätte Sejm-Sprecher Szymon Hołownia die automatische Beendigung der Mandate der beiden verurteilten Politiker erklären und ihre Parlamentsausweise sofort deaktivieren können. Er beschloss jedoch, sich elegant zu verhalten und ihnen die Entscheidungen im Voraus zuzustellen. Wąsik und Kamiński nahmen die Post jedoch nicht an, und als Stanisław Zakroczyński, Leiter des Büros des Parlamentspräsidenten, ihnen die Dokumente im Sejm-Ausschuss übergab, behandelten sie ihn wie Luft. Kamiński erschien im Sejm-Saal und zeigte triumphierend eine unanständige Geste.

[...]

Wąsik und Kamiński überschritten ihre Befugnisse, fälschten Dokumente (und wurden dafür vom Gericht in zweiter Instanz verurteilt), aber vor allem stellten sie Andrzej Lepper mithilfe des Staatsapparats eine Falle. Sie wollten den Vorsitzenden von Samoobrona vernichten, weil er für die PiS zur Belastung geworden war.

Der Einsatz von Diensten zur Ausschaltung politischer Konkurrenten kann nicht ungestraft bleiben. Jeder kann Opfer eines solchen Vorgehens der Dienste werden, und der Einsatz der Pegasus-Spionage bestätigt dies nur. Auch hier wurden Gegner der PiS überwacht, bei denen nicht der geringste Verdacht bestand, dass sie ein Verbrechen begangen hatten. Das Überwachungsmaterial wurde in aller Stille an die PiS-Medien weitergeleitet, um das Werk der Zerstörung zu vollenden.

Die Pegasus-Untersuchungskommission wurde am Mittwoch eingesetzt, die Rechenschaftspflicht für diese Taten liegt noch vor uns. Selbst wenn Kamiński und Wąsik aus der Haft entlassen werden, erwarten sie noch viele schwierige Fragen.

Donald Tusk weiß, dass er keine Schwäche zeigen darf

Die PiS hat keinen Plan, der sie vor weiteren Niederlagen bewahrt. Und die Leute im Parteiapparat wissen, dass ihre Situation am Ende der Amtszeit von Duda schlimmer sein könnte als die von Kamiński und Wąsik heute. Kaczyński weiß, dass sein Lager Gefahr läuft, sich aufzulösen. Die Mitglieder der PiS werden anderswo nach Rettung suchen.

Kaczyńskis Gefolge versucht, bei dem schlechten Spiel ein gutes Gesicht zu machen; sie verbreiten im Sejm, dass es Spannungen in der Koalition gibt, weil nicht jeder die TVP-Aktion oder die Absetzung des Staatsanwalts gut findet. Unter den Koalitionspolitikern sorgt dies nur für Gelächter.

[...]

Das Gesetz ist das Gesetz, aber die Emotionen sind das Wichtigste

Tusk ist sich darüber im Klaren, dass die Proteste der PiS gegen den Umgang mit TVP oder der Staatsanwaltschaft wenig Wirkung zeigen. Schließlich ist die PiS die letzte Partei, die das Recht hat, jemanden für solche Aktionen zur Verantwortung zu ziehen. Schließlich hat Kaczyński in den acht Jahren seiner Regierungszeit keine Rücksicht auf die Verfassung genommen. Er hat das Urteil des damals immer noch rechtmäßigen Verfassungsgerichts ignoriert und angeordnet, dass dessen Entscheidung nicht gedruckt wird.

Tusk geht zu Recht davon aus, dass der Großteil der Öffentlichkeit nicht an juristischen Feinheiten interessiert ist. Niemand interessiert sich besonders dafür, ob Dariusz Barski tatsächlich aus dem aktiven Dienst ausgeschieden ist und ob der Präsident daher das Recht hat, seine Absetzung zu blockieren. Oder ob der Kulturminister als Eigentümer von TVP das Recht hatte, seine Befugnisse zu ändern oder nicht. Ein Teil der Elite, ganz zu schweigen vom Rest der Gesellschaft, hat keine Lust, Rechtsstreitigkeiten zu verfolgen. Die Bewertung der heutigen Situation wird von Emotionen bestimmt: Wer ist für die PiS, wer ist dagegen.

[...]

Revolte in der PiS! Das hat es bisher noch nicht gegeben

Eine weitere Niederlage für die PiS war die Abstimmung über die Entlassung von Krzysztof Bosak von der *Konfederacja* als stellvertretender Sejm-Sprecher. Der Antrag wurde von der Linken eingebracht. Sie war der Ansicht, Bosak habe es versäumt, sich von Grzegorz Braun zu distanzieren, der im Dezember Chanukka-Kerzen im Sejm mit einem Feuerlöscher zerstört hatte.

Der Vorstand der PiS beschloss, Bosak abzuwählen. Das Kalkül war, dass *Konfederacja*, anstatt mit PiS mitzuspielen, sich mit den Machthabern verbündet, sodass diese geplagt werden müssen. Wenn die Koalition vom 15. Oktober Bosak im Amt belässt, kann man im Europäischen Parlament sagen, dass sie Antisemiten duldet.

Unterdessen kam es bei einer Sitzung der PiS-Fraktion zu einer Meuterei. Eine beträchtliche Anzahl von Abgeordneten wollte nicht gegen Bosak stimmen, weil sie die *Konfederacja* als ihre engste Partei ansehen und eine totale Isolierung befürchten. [...]

Aber nicht Bosak und seine Position sind hier wichtig, sondern die Tatsache, dass die PiS-Fraktion nach nur einem Monat in der neuen Regierung keine strafende, disziplinierte Armee mehr darstellt.

Das verheißt nichts Gutes für Kaczynski und sein Lager.

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/magazyn/7,124059,30606737,wielowieyska-aparat-pis-wpadl-w-panike-w-dzialaniach-kaczynskiego.html>

„Rechtsstaatlichkeit“ erschreckt Präsident Duda



© Przemysław Keler/KPRP

Quelle: wyborcza.pl

Von **Roman Imielski**

Nach acht Jahren der Zerstörung des Staates durch Präsident Andrzej Duda und die parlamentarische Mehrheit der PiS hören wir plötzlich, dass sie die Rechtsstaatlichkeit lieben gelernt haben. Sie fügen nicht hinzu, dass es sich nur um die Art handelt, die ihren Interessen entspricht.

Am Sonntag hielt Präsident Andrzej Duda in Wierzchosławice bei den Feierlichkeiten zum 150. Geburtstag des PSL-Vorkriegsführers Wincenty Witos eine lange und emotionale Tirade gegen die derzeitige Regierungskoalition.

Mariusz Kamiński und Maciej Wąsik, ehemalige Leiter des Ministeriums für Inneres und Verwaltung und Koordinatoren der Sonderdienste in der Regierung der PiS, verglich er mit politischen Gefangenen, die in den 1930er Jahren im berühmten Brester Prozess verurteilt und später in der Festung Brest inhaftiert wurden. Auf diese Weise führte das Lager von Józef Piłsudski den Autoritarismus ein und entledigte sich aller politischen Gegner.

Wąsik und Kamiński wurden im Dezember 2023 wegen Machtmissbrauchs im Rahmen eines Grundstücksskandals aus dem Jahr 2007 zu zwei Jahren Haft verurteilt. Die von ihnen damals geleitete Antikorruptionsbehörde fälschte Dokumente über die Enteignung von Grundstücken in der Region Masuren, um den damaligen stellvertretenden Ministerpräsidenten Andrzej Lepper, den Vorsitzenden von Samoobrona, einem Koalitionspartner in der damaligen Regierung Kaczyński, zu verleumdern. Die Idee war, Leppers Partei zu zerschlagen und deren ländliche Wählerschaft zu übernehmen.

Die ehemaligen Minister wurden am 9. Januar verhaftet und befinden sich heute in Gefängnissen. Duda und die PiS sagen, sie seien die ersten politischen Gefangenen nach 1989, dem Ende der kommunistischen Diktatur. Und sie vergleichen sie mit politischen Gefangenen wie Andrzej Poczobut, der vom belarussischen Lukaschenko-Regime zu jahrelanger Haft verurteilt wurde.

„Möge dies ein großes Warnzeichen für alle Politiker in der heutigen Republik sein, insbesondere für diejenigen, die derzeit an der Macht sind, wozu Arroganz der Macht und ein Gefühl der Straflosigkeit oder, wie ich es lieber nenne, der Terror der Rechtsstaatlichkeit führen. Denn wir haben es heute mit dem Terror der so genannten Rechtsstaatlichkeit zu tun“, sagte Duda in Wierzchosławice.

Das klingt seltsam aus dem Mund eines Staatschefs, der die Rechtsstaatlichkeit hochhalten sollte. Und Duda begann im November 2015 damit, diesen Schutz aufrechtzuerhalten, als er Kamiński und Wąsik nach einem nicht rechtskräftigen Urteil in erster Instanz begnadigte. Er tat dies nur, damit die mutmaßlichen Verbrecher Minister in der Regierung von Beata Szydło werden konnten. Mit Recht und Gerechtigkeit hatte das damals nichts zu tun; es ging nur um die Interessen der Partei Recht und Gerechtigkeit und nicht um die unseres Staates und unserer Bürger.

Dann hielt er bereitwillig die schützende Hand über die Übernahme der öffentlichen Medien, unter Missachtung der verfassungsmäßigen Befugnisse des Nationalen Rundfunkrats, da die PiS diesen damals noch nicht kontrollierte. Er unterbrach die verfassungsmäßige Amtszeit der Mitglieder des Nationalen Justizrates, damit dieser vom Lager Jarosław Kaczyńskis mit dessen Kandidaten besetzt werden konnte. Bereitwillig unterzeichnete er in den letzten Monaten Gesetze, die das Arrangement in der Nationalen Staatsanwaltschaft betonierten - nur damit diese weiterhin von den Leuten von Zbigniew Ziobro beherrscht wurde. Auch hier waren die Parteiinteressen wichtiger als das Wohl der Bürger. Und das sind nur einige der Rechtsdelikte.

Ja, die Rechtsstaatlichkeit kann Präsident Duda heute tatsächlich erschrecken. Denn jahrelang hat er den Terror der Partei auf die Rechtsstaatlichkeit übertragen.

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/7,75398,30594709,praworzadnosc-przeraza-prezydenta-dude.html>

Nach dem Treffen zwischen Tusk und Duda: Kein Schritt zurück



Quelle: oko.press

Bei dem Treffen am Montag wiederholte **Andrzej Duda** seine immer länger werdende Liste von Forderungen an **Tusk** - und erreichte wieder einmal nichts

Von **Witold Głowacki**

Das Treffen zwischen Andrzej Duda und Donald Tusk am 15. Januar hat kein - auch nur symbolisches - Tauwetter in den Beziehungen zwischen der Regierung und dem Präsidenten gebracht. In der Innenpolitik geht der Krieg weiter, und keine Seite macht Gefangene. Duda türmt Forderungen auf, aber Tusk wird keine Zugeständnisse bei der Staatsanwaltschaft, den öffentlichen Medien und den Fällen Kamiński und Wąsik machen.

Ursprünglich sollte es bei dem Gespräch zwischen Tusk und Duda am Montag um Fragen zum Krieg in der Ukraine und zur Sicherheit Polens gehen. Dem Treffen am Montag gingen zwei für diese Themen relevante Ereignisse voraus - Tusks Besuch in Kiew, der für die kommenden Tage geplant ist, und Dudas Reise nach Davos zum Weltwirtschaftsforum. Aus den Äußerungen von Tusk und Duda nach dem Treffen geht hervor, dass die ungeschriebene Vereinbarung, Themen der nationalen und regionalen Sicherheit aus den aktuellen Streitigkeiten auszuklammern, nach wie vor gilt.

Themenwechsel

Dies ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass das anderthalbstündige Treffen zwischen dem Präsidenten und dem Premierminister von der Innenpolitik dominiert wurde.

Duda war an drei Themen interessiert:

- Situation in der Staatsanwaltschaft
- der Fall Kamiński und Wąsik
- und die Angelegenheit des Senders TVP und des Polnischen Rundfunks.

In keiner dieser Fragen haben sich die Positionen von Tusk und der Regierung auch nur um einen Millimeter angenähert.

Am frühen Morgen hatte Duda ein demonstratives Online-Gespräch mit dem Staatsanwalt Dariusz Barski geführt, der sich in der Zentrale der Staatsanwaltschaft aufhielt. Barski, nominiert von Zbigniew Ziobro und PiS, hatte beschlossen, nicht in den Präsidentenpalast zu kommen. Er befürchtete, dass sein Amt zu diesem Zeitpunkt von Staatsanwalt Jacek Bilewicz übernommen werden könnte. Der letzte wurde vom Justizminister und Generalstaatsanwalt Adam Bodnar in das Amt des Staatsanwalts berufen.

Duda, der sich ihm in einem Videoanruf anschloss, bekundete seine Unterstützung für den Mann, der von seinem politischen Lager zur Kontrolle der Staatsanwälte ernannt wurde. Er kündigte auch an, dass Barski seiner Meinung nach der nationale Staatsanwalt bleibt.

Keine Zugeständnisse

Auch bei einem Treffen mit Tusk forderte er die Anerkennung desselben, kam aber nicht weiter. Der Premierminister wiederholte, nicht ohne eine gewisse Bosheit, dass er Bodnars Entscheidungen nicht beeinflussen oder sich nicht in seine Zuständigkeit als Generalstaatsanwalt einmischen werde.

Eine weitere Forderung Dudas wird natürlich ebenfalls unerfüllt bleiben. Der Präsident versuchte, Tusk unter Druck zu setzen, um Adam Bodnar dazu zu bewegen, Maciej Wąsik und Mariusz Kamiński von der Verbüßung ihrer Strafe zu befreien. Der Grund dafür soll das auf Dudas Antrag hin eingeleitete gerichtliche Begnadigungsverfahren sein. Daraufhin wurde ihm mitgeteilt, dass die mögliche Begnadigung der beiden Rechtspolitiker das ausschließliche Vorrecht des Präsidenten sei und es nur von ihm, d. h. Duda, abhängen würde, ob sie vor Ablauf ihrer Strafe aus dem Gefängnis entlassen werden.

Duda stellte auch weitere Forderungen über die öffentlich-rechtlichen Medien auf und forderte die „Achtung der Verfassung“. Hier hörte er jedoch, dass die Regierung sich der Rechtsgrundlage ihrer Linie in der Frage von TVP, Polskie Radio und PAP absolut sicher sei. Dies wurde von mehreren Registergerichten bestätigt, die die Liquidation der verschiedenen Tochtergesellschaften von Polskie Radio anerkannt haben. Und das schwächt Dudas Verhandlungsposition in dieser Frage eindeutig.

Duda und Tusk traten nach ihrem Treffen nicht miteinander auf - was angesichts der Umstände und der Atmosphäre auch kaum zu erwarten war. Kurz nachdem der Premierminister den Präsidentenpalast verlassen hatte, gab Duda eine Erklärung ab. Sie wurde in einem eher kühlen Ton gehalten, war aber nicht so angriffslustig wie die Rede vom Samstag, die voller Grimassen und Fingerdrohungen war.

Duda bekräftigte, dass Bodnars Brief an den ehemaligen Staatsanwalt, in dem er behauptet, er sei zu Unrecht ernannt worden, seiner Ansicht nach keine Rechtskraft besitzt. „Es ist nichts wert“, sagte er. Er wiederholte auch seinen „Appell“ an den Premierminister und Bodnar, Wąsik und Kamiński aus dem Gefängnis zu entlassen. In der Frage der öffentlichen Medien habe die Regierung einen „absolut eklatanten Rechtsverstoß“ begangen.

„Ich habe dem Premierminister gesagt, dass ich erwarte, dass die Gesetze und die Verfassung respektiert werden“, sagte Duda.

„Es ist nur noch ein Dutzend Monate bis dahin“

Kurz nach dem Präsidenten sprach Tusk auf einer Pressekonferenz.

„Für mich ist dieser, wie der Präsident es ausdrückte, *Terror der Rechtsstaatlichkeit* einer der wichtigsten Grundsätze, die ich befolgen möchte“, sagte der Premierminister.

„Wir werden uns an das Gesetz, die Verfassung und die Gerichtsurteile halten. Und hier gibt es keinen Raum für Verhandlungen. Meinungsverschiedenheiten sind verständlich. In der Frage der Rechtsstaatlichkeit hat der Präsident eine andere Meinung als ich. Aber die Entscheidung liegt bei den

Gerichten“, erläuterte Tusk seine Linie in der Frage der Staatsanwaltschaft, der öffentlichen Medien sowie des Falls Wąsik und Kamiński.

Tusk sagte auch, dass er in der Frage der Einhaltung der Verfassung versuchen werde, „mit oder über Herrn Präsident zu arbeiten“. Er deutete klar an, dass die Regierung zu Verordnungen oder anderen „Übergangslösungen“ greifen wird, wenn Duda die Gesetze der Parlamentsmehrheit mit einem Veto belegt. „Meine Damen und Herren, es ist nur noch ein Dutzend Monate hin“, wandte sich Tusk an einer Stelle an das Publikum und wies damit deutlich auf den Zeitpunkt hin, an dem Dudas zweite Amtszeit enden würde. Dass man da irgendwie durchkommen muss, hat der Premierminister nicht laut gesagt.

Es wird kein „Jurata“ geben

Im August 2007, als die Koalition aus PiS, LPR und *Samoobrona* nach dem von der CBA unter der Führung von Mariusz Kamiński und Maciej Wąsik ausgelösten „Bodenskandal“ mit einem Knall zusammenbrach, traf sich Präsident Lech Kaczyński mit dem Vorsitzenden der stärksten Oppositionspartei, Donald Tusk, in der Sommerresidenz des Präsidenten in Jurata. Obwohl Beobachter mit einem höchstens 15-minütigen Meinungs austausch und einer anschließenden Balgerei in den Medien rechneten, unterhielten sich die beiden Politiker mehrere Stunden lang bei (dem, was sie gemeinsam liebten) italienischem Wein.

Schließlich erzielten sie eine Einigung, die zu vorgezogenen Parlamentswahlen am 21. Oktober führte. Das Zusammenleben von Tusk und Lech Kaczyński war definitiv keine politische Idylle, aber ähnliche Gespräche fanden während dieser Zeit mehrmals statt. Manchmal führten sie zu einem Tauwetter in den Beziehungen zwischen der PO-PSL-Regierung und dem der PiS angehörenden Präsidenten.

Heute, wenige Tage nachdem Kamiński und Wąsik wegen desselben „Bodenskandals“ direkt vom Präsidentenpalast ins Gefängnis gewandert sind, wird es kein „Jurata“ geben. Die PiS wird zusammen mit Duda alle von ihnen kontrollierten Institutionen nutzen, um die Maßnahmen der neuen Parlamentsmehrheit zu blockieren. Es wird kein Tauwetter geben.

Zsfg.: JP

<https://oko.press/po-spotkaniu-tuska-z-duda-ani-kroku-wstecz>

In Polen gibt es nicht zwei Rechtssysteme. Es gibt das Recht und die Rechtlosigkeit, die die PiS uns spendiert hat



Quelle: wyborcza.pl

Von **Rafał Zakrzewski**

Die Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit bedeutet nicht die Zerstörung der Demokratie, wie die PiS behauptet, sondern gerade ihre Verteidigung.

Der Begriff „Rechtsdualismus“ taucht heute in vielen Texten und Äußerungen von Kommentatoren auf und soll bedeuten, dass die Auswirkungen von acht Jahren PiS-Herrschaft darin bestehen, dass in Polen ein zweites, alternatives Rechtssystem geschaffen wurde.

Lassen wir uns nicht täuschen, in Polen gibt es keinen Rechtsdualismus. Wir haben nicht mit einem Dualismus zu kämpfen, sondern mit falschen Auslegungen des Rechts, die durch ebenso falsche Institutionen zementiert werden. Ein Beispiel dafür ist das Verfassungsgericht von Julia Przyłębska, das sich zu einer juristischen Dienstleistungseinrichtung entwickelt hat, die die zerstörerischen Aktivitäten des PiS-Vorsitzenden Kaczyński legitimieren soll. Es soll den Vollstreckern der rechtswidrigen Handlungen der PiS-Regierung Sicherheit bieten.

Heute stellen wir uns immer noch diese Fragen: Hatte Minister Bodnar das Recht, einen Staatsanwalt zu entlassen? Hatte Minister Sienkiewicz das Recht, öffentlichen Medien in die Liquidation zu schicken? Sind

Mariusz Kamiński und Maciej Wąsik noch Abgeordnete und ist das Urteil gegen sie rechtskräftig? Hat der Präsident sie am 16. November 2015 wirklich begnadigt?

Es gibt viele solcher Fragen, man kann sich leicht verirren. Es gibt viele verschiedene Antworten, und doch war Staatsanwalt Dariusz Barski nie Landesstaatsanwalt, als er fehlerhaft ernannt wurde. Sienkiewicz hätte einen solchen Weg nutzen können, um die öffentlichen Medien an die Öffentlichkeit zurückzugeben. Die Abgeordneten Kamiński und Wąsik wurden in zweiter Instanz von einem unabhängigen Gericht verurteilt und verloren automatisch ihre Mandate. Und der Präsident konnte sie 2015 nicht begnadigen, weil sie nicht rechtskräftig verurteilt worden waren.

Alles scheinbar einfach, aber PiS-Politiker und ihre „Experten“ geben unterschiedliche Antworten und stützen oft das Przyłębska-Tribunal. Es entsteht ein Durcheinander, und damit wir etwas verstehen, wird der Begriff „Rechtsdualismus“ wie ein Universalbegriff eingesetzt. Aber der Begriff ist kein objektives Analyseinstrument, er klärt nichts, im Gegenteil, er verursacht Chaos. In diesem absichtlich geschaffenen Chaos werden Kriminelle zu Helden, der Präsident begnadigt seine politischen Kollegen „lehrbuchartig“, Gerichtsurteile sind keine Urteile, und ein illegal ernannter Staatsbeamter wird vom Staatschef vor der Amtsenthebung geschützt usw.

Gesetze müssen der Verfassung entsprechen

In Polen gibt es so etwas wie einen Rechtsdualismus nicht. Es gibt nicht zwei Rechtssysteme. Es gibt das Recht und die Rechtlosigkeit. Professor Mirosław Wyrzykowski, ein bedeutender Jurist und pensionierter Richter des Verfassungsgerichts, hat dies auf unseren Seiten erklärt: „Wir haben eine einzige Rechtsordnung. In dieser Rechtsordnung gibt es Elemente, die illegitim sind. Und zwar in dem Sinne, dass bestimmte Lösungen und Konzepte das Gewand eines Gesetzes angenommen haben. Sie haben sich als Gesetze getarnt. Es handelt sich weniger um ein falsches Gewand als um ein durchsichtiges Gewand, durch das ihre Verfassungswidrigkeit deutlich sichtbar wird.“

„Und Gesetze müssen verfassungskonform sein, denn wenn sie es nicht sind, können sie nicht als Gesetz gelten“, betonte der Professor. Das Gerede von einem juristischen Dualismus verwischt die Realität und ist Teil der Erzählung, die uns das Kaczyński-Lager aufischt.

Dieses Lager versucht, die Bürger davon zu überzeugen, dass die Herrschaft in Polen von Barbaren eines fremden Stammes übernommen wurde. Die PiS-Medien und Politiker unter der Führung von Kaczyński und Präsident Andrzej Duda hämmern uns jeden Tag ein, dass Donald Tusk (ein von Berlin gesteuerter Eindringling) mit Unterstützung der Europäischen Union (ebenfalls von dort gesteuert) unsere Souveränität wegnehmen, eine autoritäre Herrschaft einführen und die Demokratie begraben wird. Auf diese Weise kommentieren sie alle Maßnahmen der Regierung, die genau darauf abzielen, die Demokratie wieder aufzubauen.

Präsident Duda verwirrt die Köpfe der Bürger

Am vergangenen Sonntag warnte Andrzej Duda in Wierzchosławice die Regierenden davor, „wozu Arroganz der Macht und ein Gefühl der Straflosigkeit führen“, und bezeichnete das Vorgehen der Regierungskoalition als „Terror der Rechtsstaatlichkeit“. Der Präsident verwirrt absichtlich die Köpfe der Bürger, er will, dass sie diese falsche Argumentation akzeptieren, dass alle Aktionen der Minister Sienkiewicz oder Bodnar terroristische Aktionen sind. Er wird von den PiS-Kolumnisten begleitet, die die derzeitige Regierung als Koalition des 13. Dezember bezeichnen (eine Gleichsetzung mit dem Kriegsrecht), während eine Menge Demonstranten vor dem Sejm schreit: „Die rote Krähe (das ist Tusk) wird den Adler nicht besiegen“ (ich werde den jüngeren Lesern erklären, dass Krähe eine Abkürzung für die Institution des Kriegsrechts ist, den Militärrat für die nationale Rettung).

Dieses Verwirrspiel soll den Glauben verstärken, dass diese Regierung eine fremde Macht sei. Es soll ihre Legitimität aufgrund der Wahlen untergraben und zu dem Schluss führen, dass die Regierung Tusk eine Gruppe von Terroristen ist, die Berlin repräsentiert und nach Polen gekommen ist, um die Demokratie zu zerstören und diejenigen auszuschalten, die sie verteidigen.

Die mühsame Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit ist nicht die Zerstörung der Demokratie - wie das Kaczyński-Lager behauptet - sondern gerade das ist ihre Verteidigung. Man kann denen nicht glauben, die gestern die Verfassung zerstört haben und sie heute als Schutzschild für ihre eigenen rechtlosen Taten benutzen.

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/magazyn/7,124059,30601966,zakrzewski-nie-ma-w-polsce-dwoch-systemow-prawa-jest-prawo.html>

Tusks Honeymoon ohne Honig



Quelle: wp.pl

Über den ersten Monat der Regierung von Donald Tusk lässt sich viel sagen, aber nicht, dass es wie Flitterwochen war. Im Gegenteil: „Es war eine der dynamischsten und härtesten vier Wochen in der Geschichte Polens nach 1989. Das liegt vor allem an der Härte der Politik des neuen Kabinetts“, schreibt **Prof. Marek Migalski** für *Wirtualna Polska*.

Marek Migalski ist Politikwissenschaftler, Professor an der Universität von Schlesien und ehemaliger Europaabgeordneter (2009-2014).

Das war zu erwarten, sobald feststand, wer in der Regierung sitzen würde. Unmittelbar nach der Bekanntgabe der Namen der neuen Minister habe ich geschrieben, dass es erstaunlich wenige Fachleute gibt, die sich in ihren Ministerien auskennen, während Politiker aus Fleisch und Blut dominieren. Ich habe vorausgesagt, dass dies daran liegt, dass der Premierminister nicht eine Gruppe von Fachleuten fördern will, die ihre lang ersehnten Ideen einführen und komplexe Reformen in den ihnen anvertrauten Bereichen des gesellschaftlichen Lebens durchführen sollen, sondern eine Gruppe harter Politiker anführen will, die bereit sind, seine Politik umzusetzen.

Aus diesem Grund, so argumentierte ich, wurde der Leiter des Kulturministeriums, ein Spezialist in Sachen Geheimdienste und innere Angelegenheiten, die Gesundheitsministerin, eine Polonistin, und der Verwalter in Sachen Wissenschaft, ein Experte in Sachen Seefahrt. Und ich glaube nicht, dass ich mich geirrt habe, denn das Kabinett Tusk ist tatsächlich mit Schwung und Elan gestartet.

Ich bin kein Jurist, der die Korrektheit der Rückeroberung aus den Händen der Mitarbeiter des öffentlich-rechtlichen Fernsehens und des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (und der Polnischen Presseagentur)

beurteilen kann, aber als Politikwissenschaftler muss ich zugeben, dass die Effizienz und Brutalität dieser Aktion Außenstehende beeindruckt haben muss.

Die PiS-Anhängerinnen, die die Gebäude besetzten, oder die einstigen Abgeordneten der Vereinigten Rechten, die sie besuchten, wurden nicht mit Samt-Handschuhen angefasst. Zwar wurde offene Gewalt vermieden, aber es war von Anfang an klar, dass ihr Widerstand gebrochen und die öffentlichen Medien schnell von der PiS befreit werden.

Die unbeholfenen Versuche des Präsidenten, sich einzumischen, haben diesen Eindruck von der Effizienz der neuen Regierungsmannschaft nur noch verstärkt.

Die Befreiung von der PiS fand auch in anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens statt, und die Dampfwalze der neuen Koalition riss immer mehr Funktionäre des alten Systems unter sich – mehrere von Kaczyński ernannte Personen verloren ihre Posten und verabschiedeten sich von ihren hohen Gehältern. Parlamentarische Untersuchungsausschüsse wurden eingesetzt und haben bereits mit ihren ersten Anhörungen begonnen – es ist klar, dass die Ergebnisse ihrer Arbeit für die PiS schmerzhaft sein werden.

Der spektakulärste Akt in diesem Spektakel der Vernichtung der Auswirkungen der Herrschaft der Vereinigten Rechten war die Festnahme und Inhaftierung von Mariusz Kamiński und Maciej Wąsik.

Man muss zugeben, dass es spektakulär war und in die Geschichte der polnischen Politik, aber auch der Unterhaltung eingehen wird, wie die beiden in Handschellen aus dem Präsidentenpalast geführt wurden, wo sie sich in Sicherheit wähnten und monatelangen Schutz durch ihren Gastgeber erhofften. Denn es war ein außergewöhnliches Ereignis – vor allem, wenn man bedenkt, was hätte passieren können, wenn Andrzej Duda rechtzeitig in den Palast zurückgekehrt wäre und seinen Leibwächtern befohlen hätte, die beiden Kriminellen zurück zu holen.

Ja, in diesem Monat war viel los, und alles deutet darauf hin, dass in naher Zukunft noch mehr los sein wird.

Die Wahlen zum Europäischen Parlament und davor die Kommunalwahlen stehen vor der Tür. Der Wahlkampf wird nicht dazu beitragen, die Stimmung zu beruhigen. Auch die Gegenseite lässt nicht locker und spielt mit den höchsten Emotionen, wie der Aufmarsch am 11. Januar zeigte, bei dem der Vorsitzende der PiS erklärte, die neue Regierung sei nicht polnisch und behauptete, die Wahlen seien nicht fair gewesen. Dies geschah übrigens an dem Tag, an dem die Kammer des Obersten Gerichtshofs, die ausschließlich mit Neo-Richtern besetzt ist, die Wahlen vom 15. Oktober für gültig erklärte. „Was für undankbare Leute!“, mag Kaczynski gedacht haben.

Allerdings war die neue Regierung in den letzten Monaten nicht sehr dynamisch bei der Umsetzung der meisten ihrer Wahlversprechen.

Ich denke, wir können Tusks Zusicherungen, dass er die auf einem der Wahlkongresse vorgestellten hundert konkreten Maßnahmen in den ersten hundert Tagen umsetzen wird, als Märchen abtun.

Aber er wird gewiss nicht nachlassen, einen Teil einer anderen Zusicherung zu erfüllen - derjenigen, die in der Formel enthalten ist: „Wir werden siegen, wir werden abrechnen, wir werden Wiedergutmachung leisten und wir werden uns versöhnen“. Die erste Verheißung ist erfüllt, die zweite wird gerade vor unseren Augen umgesetzt, die dritte kommt vielleicht schon bald. Aber an die Verwirklichung des letzten Versprechens möchte ich lieber nicht glauben. Vor allem dann nicht, wenn es sich um Aktivisten und Politiker der PiS handelt und nicht um normale Wähler. Es steht uns also ein weiterer Monat ohne Honig bevor.

Zsfg.: JP

<https://wiadomosci.wp.pl/niemiodowy-miesiac-tuska-opinia-6983880775039520a>

ZITAT DER WOCHE



Quelle: natemat.pl

„Hass und Hetze gibt es im öffentlichen Raum, und der polnische Staat hat sie acht Jahre lang geduldet. Das sind leider die Folgen der Deformation der Staatsanwaltschaft.“

Piotr Adamowicz - polnischer Pressejournalist und Publizist, der Bruder des ermordeten Stadtpräsidenten von Danzig Paweł Adamowicz

Quelle: <https://natemat.pl/536093,brat-pawla-adamowicza-o-szokujacych-ruchach-prokuratury-dotyczyly-wilmonta>

ndr.de

Reise als Bundesratspräsidentin: Polen laden Schwesig aus

<https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Reise-als-Bundesratspraesidentin-Polen-laden-Schwesig-aus.schwesig1318.html>

tagesschau.de

Duda warnt vor "Terror der Rechtsstaatlichkeit"

<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/regierungswechsel-polen-duda-100.html>

spiegel.de

Polnische Lkw-Fahrer setzen Blockade an ukrainischer Grenze aus

<https://www.spiegel.de/wirtschaft/polnische-lkw-fahrer-setzen-blockade-an-ukrainischer-grenze-aus-a-69c2b4ff-d62a-4704-8d22-f13d48961fde>

fr.de

Polen als „Nächstes an der Reihe“: Putin-Verbündeter droht Nato-Land im Staats-TV

<https://www.fr.de/politik/russland-moskau-wladimir-putin-drohung-polen-nato-aleksey-zhuravlyov-92775517.html>

taz.de

Hass und Hetze in Warschau

<https://taz.de/Opposition-demonstriert-in-Polen!/5985137/>

DIALOG FORUM – Perspektiven aus der Mitte Europas

<https://forumdialog.eu/>

POLEN und wir – älteste Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung

<http://www.polen-und-wir.de/>

REDAKTION:

kontakt@mitte21.org

Christel Storch-Paetzold

Jerzy Paetzold | Andreas Visser | Krzysztof Wójcik